

Europa: Für eine solidarische, demokratische und erfolgreiche Strategie in der Krise der Währungsunion

Gemeinsame Erklärung von Ministerrat und DGB vom 04. September 2012

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz sehen mit Sorge,

- dass bis heute trotz diverser Krisengipfel und Rettungsmaßnahmen keine dauerhaft und langfristig wirkende Strategie gefunden und umgesetzt ist;
- dass die Folgen der Krise und der vorherrschenden Krisenstrategien mit ihrer Fixierung auf die Senkung öffentlicher Ausgaben und der Vernachlässigung sozialer, wachstums- und beschäftigungspolitischer Aspekte insbesondere in den südlichen Krisenländern zu massiven sozialen Verwerfungen führen;
- dass die bisherige Krisenstrategie den inneren Zusammenhalt der EU gefährdet und das europäische Einigungswerk, eine der wichtigsten zivilisatorische Errungenschaft des letzten Jahrhunderts, an Zuspruch und Legitimation verliert.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz sind sich einig,

- dass Solidarität zwischen den wirtschaftlich starken und schwachen Staaten in der EU die Grundlage der Integration und eines gemeinsamen Europas ist;
- dass in der aktuellen Krise die Ziele Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Beschäftigung in den Vordergrund gehören;
- dass eine Regulation der Finanzmärkte überfällig ist und gemeinschaftlich Kontrolle und Regeln des Bankensektors im Sinne einer Bankenunion notwendig sind;
- dass die wesentlichen Verantwortlichen an der Banken- und der folgenden Refinanzierungskrise auch an der Finanzierung der Rettungsmaßnahmen beteiligt werden, u.a. durch eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe;
- dass die Antwort auf die Herausforderungen der Krise eine starke Harmonisierung der Wirtschafts-, Steuer und Finanzpolitik sein muss und
- dass die zu treffenden Entscheidungen einer demokratischen Legitimation bedürfen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz setzen sich ein

- für eine Europäische Sozialunion, die die Politik stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale (Mindest)standards für Löhne, Sicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung garantiert;
- für eine konsequente und zügige Umsetzung von Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit wie sie im Konzept einer „Europäischen Jugendgarantie“ angelegt sind;
- für eine Politik, die es den Krisenländern wieder erlaubt, ihre strukturelle Wettbewerbsschwäche abzubauen. Notwendig sind u.a. Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, in die Energiewende, in Ressourceneffizienz, in moderne Infrastruktur sowie in Innovation und Bildung. Allerdings müssen die überhöhten Zinsen für Staatsanleihen der betroffenen Staaten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden, damit hierfür die entsprechenden finanziellen Gestaltungsspielräume eröffnet werden. Der Vorschlag des Sachverständigenrates für einen Altschulden-Tilgungsfonds kann dazu einen Beitrag liefern;
- für einen breiten Informations-, Diskussions- und Beteiligungsprozess zur Weiterentwicklung der Europäischen Union, der die Sozialpartner, Verbände und Zivilgesellschaft einbezieht.

Landesregierung und DGB werden diesen Prozess gemeinsam mit Veranstaltungen und Workshops, insbesondere zum Thema Sozialunion, begleiten.